

Gewerkschaften: Strukturen und Strategien im Wandel - Die Beispiele Bundesrepublik, USA und Japan*

Prof. Dr. Andrei S. Markovits, geb. 1948 in Timisoara/Rumänien, studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte an der Columbia University in New York. Er lehrt am Department of Political Science an der Boston University und am Center for European Studies der Harvard University. 1986 erschien sein grundlegendes Buch über die Politik der Gewerkschaften in der Bundesrepublik.

Auf dem Weg von der fordistischen zur post-fordistischen Produktionsweise

Auch Sozialwissenschaftler unterliegen modischen Trends in ihren Analysen, in ihrem Vokabular, ihrem Diskurs. Vor etwa zehn Jahren war der sogenannte „(Neo-)Korporatismus“ am modischsten in der Analyse von Gewerkschaften und ihrer betrieblichen und außerbetrieblichen Welt. Nicht von ungefähr konzentrierten sich die wichtigsten dieser Analysen auf Organisationsprobleme der Gewerkschaften, auf ihre organisationspolitischen Beziehungen zu Staat und Parteien und natürlich auf ihr Verhältnis zu anderen Interessenvertretungen, hauptsächlich denen der Unternehmer und des Kapitals. Diese (neo)korporatistische Analyse - hier seien die Arbeiten von Claus Offe, Philippe Schmitter, Gerhard Lehmbuch, Josef Esser, Bernd Marin und Gösta Esping-Andersen besonders hervorgehoben - wurde nicht zufällig in einer Zeit sozialdemokratischer politischer Hegemonie (auch ohne explizite Regierungsmacht sozialdemokratischer oder sozialistischer Parteien) zu einer der wichtigsten und innovativsten vergleichenden Erklärungen gewerkschaftlichen Verhaltens. Gewerkschaften waren zu dieser Zeit hauptsächlich mit makroökonomischen Managementfragen (Keynesianismus; post-keynesianische Mezzo- und Mikromodelle; regionale und sektorale Strukturpolitik und Investitionslenkung, um nur einige in diesem Zusammenhang relevante Stichworte zu nennen) und mit politischen Organisations- und Verhaltensfragen Parteien, Unternehmern und dem Staat gegenüber beschäftigt. Mit Hilfe dieser Literatur gewann man einen guten Einblick in die Gewerkschaftsorganisationen verschiedener Länder. Schweden, Österreich und Norwegen hatten gemäß dieses Erklärungsmodells „korporatistischere“ Gewerkschaften als die Bundesrepublik, und diese wiederum besaß „korporatistischere“ als die angelsächsischen und romanischen Länder.

* Es handelt sich um einen gekürzten und überarbeiteten Auszug aus einem Referat beim Internationalen Zukunftskongress der IG Metall vom 27. bis 29. Oktober 1988 in Frankfurt. Der Gesamttext des Referats wird in dem Protokollband zu dieser Konferenz abgedruckt werden, der im Frühjahr 1989 beim Bund-Verlag erscheinen wird.

In den vergangenen rund fünf Jahren lief ein neues Erklärungsmuster dem (neo)korporatistischen Erläuterungsmodell gewerkschaftlichen Verhaltens und Umfeldes den Rang ab. Es entstand ein(e) neue(s) Mode(l). Nicht zufällig fiel die wachsende internationale Geltung dieses neuen Erklärungsmodes zeitlich mit dem graduellen Abbröckeln sozialdemokratischer Regulierungsmechanismen in spätkapitalistischen Nationalstaaten sowohl seitens der sogenannten „neuen sozialen Bewegungen“ „von unten“ als auch der marktorientierten und auf Austerität ausgerichteten neoliberalen Lösungsmechanismen und „roll-back“-Strategien konservativer Regierungen „von oben“ zusammen. Auch diesmal ist es kein Zufall, daß dieses originelle neue Erklärungsparadigma mit dem rapiden Anwachsen und der breiten Anwendung neuer technologischer Erfindungen, den neuen Produktionsmethoden, der Globalisierung einerseits und der mit ihr zusammenhängenden Regionalisierung der Weltwirtschaft - also mit dem „Aufweichen“ oder der „Flexibilisierung“ herkömmlicher Organisations- und Solidaritätsformen - eng zusammenhängt. Auch auf diesem Feld gibt es inzwischen hervorragende Arbeiten einiger amerikanischer (Charles Säbel und Michael Piore), deutscher (Horst Kern und Michael Schumann) und französischer (Robert Boyer und Alain Lipetz) Wissenschaftler, deren Werke man grob unter der Rubrik „Post-Fordismus“ zusammenfassen kann.

Während die „(Neo-)Korporatisten“ ihr Augenmerk hauptsächlich auf Spitzenverbände richten und von der Einheit der verschiedenen sich gegenüberstehenden Klassen ausgehen, messen die „Post-Fordisten“ der Fragmentierung von Klassen und der Mikropolitik des Betriebes und der Produktion große Bedeutung zu. Indem ich (den grundlegenden Arbeiten von Scott Lash folgend) diese zwei Modelle verbinde und sie als empirisch sich ergänzend betrachte, möchte ich folgende Hypothese aufstellen: Neo-korporatistische Gewerkschaftsbewegungen haben einen besseren Ausgangspunkt als ihre nicht-korporatistischen Gegenüber, post-fordistische Strömungen mit für ihre Mitglieder und die Arbeitnehmer im allgemeinen vorteilhafteren Bedingungen zu versehen. Ferner behaupte ich, daß die neo-korporatistischen Gewerkschaftsbewegungen nicht nur bei dem jetzt sich vollziehenden Wandel vom Fordismus zum Post-Fordismus besser dastehen als nicht-korporatistische, sondern daß sie diesem Wandel auf lange Sicht auch viel mehr Vorteile werden abgewinnen können. Ob sie dies schließlich tun werden, bleibt eine politische wie auch eine empirische Frage.

Es lassen sich unter anderen folgende empirische Modelle voneinander unterscheiden:

1. Länder, in denen ein hochzentralistischer Staat nebst schwachen, nicht-korporatistischen, aber politisierten Gewerkschaften und nicht-korporatistischem Kapital die wichtigste Rolle sowohl bei der fordistischen als auch bei der post-fordistischen Modernisierung einnimmt: Beispiel Frankreich.
2. Länder, in denen ein zentralistischer Staat nebst schwachen, nicht-korporatistischen und nicht politisierten Gewerkschaften, aber einem starken und

organisierten Kapital eine sehr wichtige Rolle sowohl bei der fordistischen als auch bei der post-fordistischen Modernisierung einnimmt: Beispiel Japan.

3. Länder, in denen ein nominal föderalistischer, jedoch tatsächlich zentralistischer Staat mit starken, korporatistischen Gewerkschaften und ebenfalls starken, korporatistischen Unternehmerverbänden die wichtigste aktive Rolle bei der fordistischen wie auch bei der post-fordistischen Modernisierung einnimmt: Beispiel Österreich.

4. Länder, in denen ein zentralistischer Staat mit starken, korporatistischen Gewerkschaften und ebenfalls starken, korporatistischen Unternehmerverbänden zwar nicht die wichtigste, jedoch eine bedeutende und aktive Rolle im fordistischen wie auch im post-fordistischen Modernisierungsprozeß einnimmt: Beispiel Schweden.

5. Länder, in denen ein föderalistischer Staat mit starken, drittelparitätisch besetzten para-staatlichen Institutionen nebst starken korporatistischen Gewerkschaften und ebenfalls starken, korporatistischen Unternehmerverbänden eine wichtige unterstützende Rolle im fordistischen wie auch im post-fordistischen Modernisierungsprozeß einnimmt: Beispiel Bundesrepublik Deutschland.

6. Länder, in denen ein hochföderalistischer Staat und nicht-korporatistische Gewerkschaften sowohl bei dem fordistischen als auch bei dem post-fordistischen Modernisierungsprozeß eindeutig eine zweitrangige Rolle hinter einem nicht-korporatistischen Kapital einnehmen: Beispiel USA.

7. Länder, in denen ein zentralistischer Staat nebst nicht-korporatistischen, jedoch im Betrieb starken Gewerkschaften und nicht-korporatistischen Unternehmerverbänden eine relativ unbedeutende Rolle im fordistischen Modernisierungsprozeß einnahm, diese Rolle dafür im post-fordistischen Umschichtungsprozeß um so verstärkend auf Seiten eines nicht-korporatistisch organisierten Kapitals gegen die immer schwächer werdenden, nicht-korporatistischen Gewerkschaften einsetzt: Beispiel Großbritannien.

8. Länder, in denen korporatistische Gewerkschaften den Staat und auch das Kapital im fordistischen Modernisierungsprozeß mitkreierten, in denen jedoch der gegenwärtige Schritt vom Fordismus zum Post-Fordismus hauptsächlich vom Staat und von einem nicht-korporatistischen Kapital getragen wird: Beispiel Israel.

Im folgenden sollen die Bundesrepublik Deutschland, die Vereinigten Staaten und Japan näher betrachtet werden.

Das Beispiel Bundesrepublik Deutschland

Die frühe Organisation und Militanz der deutschen Arbeiterbewegung führte zum ersten organisierten Sozialstaat der Welt und brachte die wahrscheinlich wichtigste moderne Massenpartei der Welt in Form der SDP hervor. Man kann die Reformen der Weimarer Republik nur verstehen, wenn man den „Pakt“ zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie einerseits und dem auf Export basierenden „aufgeschlossenen Kapital“ andererseits

gebührenden Platz einräumt. (In diesem Zusammenhang sei auf die wichtige Untersuchung David Abrahams hingewiesen.) Daß dieser „Pakt“ nach dem Ruhreisenstreit zerbrach (während er in anderen Ländern, so in Schweden, stabil blieb), hat viel mit dem Sieg des deutschen Faschismus zu tun, mindert aber die strukturelle Bedeutung der These nicht. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Beteiligung der Arbeiterbewegung an den Reformen des westdeutschen politischen und sozialen Systems erheblich verstärkt und institutionell verankert. Das Funktionieren des Bonner Korporatismus beruht unter anderem auf einer weitreichenden Akzeptanz der institutionellen Mitwirkung der Arbeiterschaft in der Gestaltung der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit seitens des Kapitals - sicherlich ein Novum in der deutschen Geschichte. Von den verschiedenen Faktoren, die diese korporatistische Einbindung der deutschen Arbeiterbewegung in den „organisierten Kapitalismus“ der Bundesrepublik ermöglichten, seien nur einige wichtige stichwortartig angeführt:

- die Einheitsgewerkschaft,
- das Industriegewerkschaftsprinzip,
- die Verrechtlichung industrieller Beziehungen,
- die Mitbestimmung in all ihren Varianten,
- das „duale“ Vertretungssystem der Arbeitnehmer mit den Gewerkschaften außerhalb der Betriebe und den Betriebsräten auf Betriebsebene,
- das von Gewerkschaften und Unternehmern voll mitgetragene Berufsbildungssystem.

Welches sind die wichtigsten Vorteile dieser besonderen Konstellation für die westdeutschen Gewerkschaften im Übergang der politischen Ökonomie der Bundesrepublik, Europas und der Welt von fordistischer zu post-fordistischer Flexibilisierung? Einheits- und Industriegewerkschaftsprinzip haben jene die zentrifugalen und partikularistischen Interessen betonende Entwicklung wie in Großbritannien, Kanada und den USA erfolgreich verhindert. Diese Organisationsprinzipien ermöglichen in einer von Flexibilisierung geprägten Zeit eine breitangelegte Solidarität zwischen Arbeitnehmern in „Gewinner“-Branchen und -Regionen mit „Verlierer“-Sektoren. Ferner vermindern sie die Zentrifugalkräfte zwischen Arbeitern und Angestellten, Männern und Frauen, Einheimischen und Ausländern. Sie ermöglichen eine Solidarität der Klasse, die sogar eine Verbindung zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen herstellt. Die Gewerkschaften werden so strukturell - wenn auch oft ungewollt - zu Verfechtern eines „public good“ wie der Verringerung der Arbeitslosigkeit, das eine zentrale Stellung in der hauptsächlich von der IG Metall getragenen Strategie der Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit einnimmt. Natürlich spielen gruppenegoistische Motivierungen in diesem Kampf weiterhin eine bedeutsame Rolle, aber es kann keinen Zweifel geben, daß es der IG Metall und anderen Gewerkschaften gelungen ist, diesen Konflikt „allgemeiner“, also auch für nicht unmittelbar Beteiligte zu führen. Daß die deutschen Gewerkschaften auf diese Weise auch für die vollen Rechte der „Trittbrettfahrer“ mitstreiten, hat meines Erachtens weniger mit ökonomischen Vorteilen als mit politischer Motivation zu tun. Der Rahmen von Einheits- und

Industriegewerkschaft scheint geeignet zu sein, diese Motivation in eine normative Verpflichtung der Gewerkschaften der Allgemeinheit ihrer Klasse gegenüber institutionell zu verankern. Darin dürfte einer der Hauptgründe dafür liegen, daß die deutschen Gewerkschaften, anders als die in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien, in Frankreich und anderen Ländern, in den vergangenen Jahren nicht nur kaum Mitgliederverluste zu beklagen hatten, sondern sogar, wie im Fall der IG Metall, einen leichten Mitgliederzuwachs vorweisen können.

Das alles bedeutet nicht, daß die deutschen Gewerkschaften nicht zu einer Politik der Flexibilisierung fähig wären. Vielmehr wurde auf diesem Gebiet eine besondere deutsche Mischung unter dem Namen „Flexi-Fordismus“ bekannt. Hier können, anknüpfend an die bahnbrechenden Arbeiten von Horst Kern, Michael Schumann, Wolfgang Streeck und Werner Sengenberger, nur die groben Konturen dieses Systems beschrieben werden: In seinem Mittelpunkt steht ein durch die Institution der Berufsbildung hochgeschulter und flexibler Facharbeiter, der sehr vielseitig einsetzbar ist, im Betrieb eine relativ große Autonomie genießt und vor der Willkür der Unternehmer durch die Mitbestimmung und Mitbeteiligung des Betriebsrates, also gemäß staatlichen Gesetzen, weitgehend geschützt ist. Bereits zu fordistischen Massenproduktionszeiten entwickelte sich ein System der innerbetrieblichen Flexibilität, dem ein „Pakt“ zugrunde lag: Die Unternehmer haben mehr oder minder freie Hand, auf dem Markt zu handeln und behalten mehr oder minder volle Verfügungsgewalt über Investitions- und Managementfragen. Die Gewerkschaften schließen großräumige, industrieweite Verträge ab, die - stets an der gesamtwirtschaftlichen Lage des Landes orientiert - „vernünftig“ und „verantwortlich“ ausfallen und vor allem einem sehr kalkulierbaren Prozeß unterliegen. Innerbetrieblich verfügen die Arbeitnehmer qua Betriebsverfassung und Mitbestimmung, das heißt staatlich sanktioniert, über erhebliche Mitsprache- und Schutzrechte, die in vielen Fällen in Bereiche der Arbeitsautonomie und Arbeitsgestaltung hineinreichen.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Stärke der westdeutschen Gewerkschaften in der fordistischen Periode der bundesrepublikanischen Ökonomie in einer gewissen institutionalisierten Zentralisierung gegenüber der überbetrieblichen Außenwelt bei gleichzeitiger Flexibilität innerhalb der Betriebe lag. Die Annahme hegt daher nahe, daß die westdeutschen Gewerkschaften im Vergleich mit anderen Ländern eine relativ günstige Ausgangsposition bei der bevorstehenden massiven Einführung post-fordistischer Produktionsmethoden und der allgemeinen Flexibilisierung der bundesrepublikanischen politischen Ökonomie einnehmen. Die Frage ist, ob sie diesen strukturellen Vorsprung für sich und ihre Mitglieder in einer sich rapide verändernden Welt werden nutzen können.

Das Beispiel USA

Die für den Zweck des Themas relevanten amerikanischen Strukturen stellen im Vergleich mit anderen Ländern Ausnahmen dar. In den Vereinigten Staaten bestimmte und bestimmt das Kapital allein - von Staat und Gewerkschaften kaum angefochten - sowohl die fordistische (allein das Wort ist bezeichnend) als auch die post-fordistische Modernisierung der Produktion und der Wirtschaft. Das hat viel mit der organisatorischen und politischen Schwäche der amerikanischen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung und der damit zusammenhängenden historischen Schwäche des amerikanischen Staates zu tun. Man könnte fast behaupten, daß die Vereinigten Staaten nie eine europäischen Ländern vergleichbare Phase eines „organisierten Kapitalismus“ durchlaufen haben und gleichsam direkt aus einem Stadium des frühen, fordistischen, „desorganisierten“ Kapitalismus in seine post-fordistische Erscheinungsform übergegangen sind.

Anders als europäische Arbeiterbewegungen schuf die amerikanische Arbeiterbewegung nie eine große Massenpartei zur Vertretung ihrer Interessen, was zur Folge hatte, daß die amerikanischen Arbeiter im Unterschied zu ihren europäischen Kollegen fast völlig aus dem staatlich-politischen Bereich ausgeschlossen blieben. Das brachte schon Sombart zu seiner berühmten Frage „Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?“. Damit ist das Kernstück der weitreichenden Problematik der „amerikanischen Ausnahme“ angesprochen, deren wichtigste Bestandteile kurz erwähnt seien:

- das seit der Staatsgründung vorhandene Wahlrecht,
- die ethnische, religiöse und linguistische Spaltung der Arbeiterklasse, durch die die Solidaritätsbereiche der Reproduktion bei der Identitätsbildung der Arbeiter stets eine größere Rolle spielten als die der Produktion,
- die Weite des Landes, die das örtliche Ausweichen als Konfliktregulierung ermöglichte,
- die objektiv vorhandenen und subjektiv empfundenen Aufstiegsmöglichkeiten des Individuums,
- der Primat der uneingeschränkten persönlichen Freiheit als Leitmotiv amerikanischen Selbstverständnisses,
- die USA als Einwanderungsland,
- die USA (um mit Alexis de Tocqueville zu sprechen) als erstes „geborenes“ und nicht „erkämpftes“ bürgerliches Land.

Der letztgenannte Punkt steht in engem Zusammenhang mit der im Vergleich zu Europa schwachen Präsenz des amerikanischen Staates in der Formierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Der amerikanische Staat blieb bis heute ein rückständiges, antiquiertes, amateurhaftes Gebilde, dessen wichtigste Aufgabe weiterhin die Garantie der Maximierung individueller Freiheiten bleibt. Anders als in Europa handelt es sich nicht um ein modernes Herrschaftsinstrument, das aus bitteren Kämpfen progressiver „Staatsgründer“ gegen eine Opposition kirchlicher und feudaler Kräfte - von auswär-

tigen Feinden abgesehen - als Sieger hervorging. Der amerikanische Staat entwickelte nie einen Absolutismus, mußte nie mächtige Fürsten und Kirchen besiegen und sich auch kaum gegen fremde Feinde auf dem eigenen Kontinentalterritorium verteidigen. Der amerikanische Staat griff aufgrund seiner strukturellen Schwäche und dezentralen Konstruktion, in der bis heute der Bund den Einzelstaaten gegenüber in vielen bedeutenden Bereichen eine untergeordnete Rolle spielt, und aufgrund seines bereits erwähnten Selbstverständnisses kaum aktiv in den fordistischen Modernisierungsprozeß des Landes ein und ließ dem Kapital weitgehend freie Hand.

Das „business unionism“ der meist handwerklich organisierten und im AFL zusammengefaßten amerikanischen Gewerkschaften beschränkte sich strikt auf tarifpolitische Ziele, was meistens Lohnerhöhungen bedeutete, die nur den von den Gewerkschaften organisierten Mitgliedern zugute kamen. Diese partikularistische, in erster Linie auf Lohnerhöhungen bedachte Interessenpolitik überließ den Unternehmern bewußt die Gestaltungsfunktion in der amerikanischen Wirtschaft und Produktion, solange gewerkschaftlich erfaßte Arbeitnehmer dafür „versorgt“ wurden. Wie die Arbeiten der Historiker David Montgomery und Herbert Guttmann beeindruckend bezeugen, bedeutet diese Einstellung der amerikanischen Gewerkschaften keineswegs, daß ihre Geschichte konfliktloser oder irgendwie „leichter“ als die ihrer europäischen Bruderorganisationen verlief. Sicherlich aber nahmen amerikanische Gewerkschafter eine „reaktivere“ Haltung im Verteilungskampf und in der Formierung der Gesellschaft ihres Landes ein als europäische in den ihren.

In den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts änderte sich, ähnlich wie in anderen kapitalistischen Ländern, die politische Ökonomie der Vereinigten Staaten insofern als der Staat durch Präsident Roosevelts „New Deal“ verstärkt regulativ eingriff. Mit dem „Wagner Act“ aus dem Jahre 1935 wurde der Grundstein für das sogenannte „soziale Abkommen“ (social contract) gelegt, das die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern in der fordistischen Produktionsperiode bis Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre regulierte. Dieses „soziale Abkommen“, das seine praktische Bewährung in einer Zeit verstärkter Militanz der bedeutender gewordenen Industriegewerkschaften einerseits und der im Zweiten Weltkrieg etablierten Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Unternehmern andererseits bestand, wurde durch eine kapitalfreundliche Revision (Taft-Hartley Act) im Jahre 1947 für die folgenden 35 Jahre bestätigt. Der in diesem Zusammenhang wichtigste Aspekt dieses „Paktes“ ist, daß die Gewerkschaften ihren Kampf ausschließlich auf einen im engen Sinn definierten tarifpolitischen Raum beschränkten. Ihre Attraktivität als für die Arbeitnehmer wichtige Organisationen hofften sie über üppige Lohnerhöhungen, gute Renten- und Krankenversicherungen und Arbeitsschutz am Arbeitsplatz auszubauen - Ziele, die sie in industrieweiten Tarifverträgen mit den Arbeitgebern aushandelten. Als Gegenleistung gaben die Gewerkschaften den Unternehmern völlig freie Hand in der Organisation der Produktion, dem Investieren von Kapital, dem

Vermarkten und der Gestaltung von Produkten sowie allen Aspekten der Verfügung über Eigentum. Als „Vorrechte der Unternehmer“ blieben diese wichtigen Entscheidungen den amerikanischen Gewerkschaften stets vorenthalten.

Die ersten post-fordistischen Flexibilisierungsbestrebungen startete General Motors in einem neuen Werk in Lordstown/Ohio Anfang der siebziger Jahre. Die Stoßrichtung war zunächst - in Anlehnung an das Produktionssystem von Volvo - eine rein „qualitative“: Es wurde versucht, hochintelligente Arbeiter mit Colleagueabschluß, also „untraditionelle“ Arbeiter, die auch oft unzufrieden waren — viele von ihnen waren Vietnamveteranen —, problemlos in den Produktionsprozeß einzubinden. Obwohl dieses Experiment im konkreten Fall von der Firmenleitung bald aufgegeben wurde, gab es bereits in den siebziger Jahren zahlreiche andere post-fordistische Umwälzungen in den Industrien des Landes.

Der große Flexibilisierungsschub setzte dann 1979/80 ein und wurde durch die Rezession von 1982 noch verstärkt. Das 1935 begonnene „soziale Abkommen“ zwischen Unternehmern und Gewerkschaften wurde von jenen schonungslos aufgekündigt und bis zum heutigen Tag nicht erneuert. Die frühen achtziger Jahre markieren zweifellos eine entscheidende Zäsur in der Geschichte der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Dieser Einschnitt wurde durch folgende Ereignisse mitbedingt:

- die zweite Ölkrise,
- den 172 Tage dauernden nationalen Streik der United Automobile Workers (UAW) bei International Harvester (der schließlich verlorenging),
- die Chrysler-Krise,
- die Reaganschen Wahlsiege von 1980 und 1984.

Die zweite Ölkrise machte der amerikanischen Öffentlichkeit klar, daß die Energievorräte der Welt nicht unendlich sind. Dies wiederum beförderte die Idee des Energiesparens - besonders bei Autos - in einer breiten Öffentlichkeit. Japanische Autos waren plötzlich für den normalen amerikanischen Konsumenten attraktiv. Mit dem darauffolgenden Slogan „Japan is number one“ wurde der Ruf nach Reformen in industriellen sowie bildungs- und gesellschaftspolitischen Bereichen immer lauter und begründbarer. Da die japanische Industrie ihre Triumphe offenbar aufgrund von flexiblen, post-fordistischen Methoden feierte, war es naheliegend, daß die amerikanische - sollte sie nicht von der japanischen Konkurrenz völlig überrollt werden - ihre Produktionsmethoden in diese Richtung änderte. Inwieweit das dann praktisch auch geschah, ist hier zunächst von zweitrangigem Wert. Wichtig ist, daß und wie eine Ideologie und ihre Legitimierung eingebracht wurden, die einen öffentlichen Meinungsumschwung herbeiführten.

Der von der UAW verlorene Streik bei International Harvester signalisierte den Beginn der willkürlichen Verletzung des „sozialen Abkommens“ durch die Unternehmer, die für diese quasi kostenlos blieb. Nach einem der profi-

tabelsten Jahre in der Geschichte der Firma verlangte sie von der Belegschaft Pflichtüberstunden, die nach einem niedrigeren Tarif als dem bis dahin üblichen hätten vergütet werden sollen. Ein bitterer Streik war die Folge, den die Gewerkschaft nach 172 Tagen mehr oder minder erfolglos aufgeben mußte. Den Unternehmern war es damit gelungen, den Streik als für sie ungefährliche Waffe, als für die Gewerkschaften dagegen kostspieligen Verlust an materiellen Ressourcen, vor allem aber auch an Prestige und Ansehen hinzustellen. Danach folgte eine Streikniederlage der anderen, bis die Gewerkschaften Mitte der achtziger Jahre kaum noch zur Streikwaffe griffen. Der Streik - wichtigster gewerkschaftlicher Garant zur Durchsetzung des „sozialen Abkommens“ - war somit untergraben. Natürlich entschärften auch die Weltwirtschaftskrise der frühen achtziger Jahre, die hohen Arbeitslosenzahlen sowie die post-fordistischen Produktions- und Managementbedingungen auf Branchen- und Firmenebene die Wirksamkeit des Streiks erheblich.

Die Chrysler-Krise legitimierte die massive Einführung des „concession bargaining“ in fast allen Sparten der amerikanischen Wirtschaft. Tarifverhandlungen der achtziger Jahre waren - sofern die Gewerkschaften überhaupt noch in der Lage waren, sie zu fordern und dann auch zu realisieren — von erheblichen Konzessionen an die Unternehmen gekennzeichnet. Im „quantitativen“ Bereich waren es meistens absolute Lohn- und Gehaltsverluste, absolute Kürzungen der Ortszuschläge und der Preissteigerungsausgleiche (des sogenannten COLA = Cost of Living Allowance) und erhebliche Beschneidungen zusätzlicher Vergütungen, der sogenannten „fringe benefits“. Im „qualitativen“ Bereich mußten die Gewerkschaften ihren Mitgliedern neue, viel breiter gefächerte Eingruppierungen zumuten, die den flexiblen innerbetrieblichen Einsatz der Arbeitnehmer erheblich erhöhten. Auch die Durchlöcherung des herkömmlichen „pattern bargaining“-Systems, das die Tarifverhandlungen praktisch seit der Existenz des „sozialen Abkommens“ bestimmte, gehört in diesen Zusammenhang. Während im „pattern bargaining“-System der von der Gewerkschaft mit einer der in der zuständigen Branche führenden Firmen abgeschlossene Tarifvertrag von der gesamten Branche übernommen wurde, „flexibilisiert“ das „concession bargaining“-System das Vertragswesen nicht nur von der Branche auf einzelne Firmen, sondern sogar auf individuelle Produktionsstätten. Das „concession bargaining“ flexibilisiert durch einen dualen Vergütungsmechanismus auch das Lohnsystem: Neueingestellte Arbeitnehmer verdienen entweder absolut und für die Dauer ihrer Firmenzugehörigkeit weniger als ihre bereits in der Firma arbeitenden Kollegen oder es bedarf, bei einem geringeren Einstellungslohn, einer längeren Anstellungszeit, um das in der Firma normale Lohnniveau zu erreichen.

Schließlich muß auch die Flexibilisierung „von oben“, von staatlicher Seite, erwähnt werden. Obwohl die einschlägigen Maßnahmen Margret Thatchers erheblich weitgreifendere und dauerhaftere Folgen für das britische öffent-

liche Leben haben werden als ähnliche Versuche der sogenannten Reagan-Revolution auf Amerika, sind die negativen Folgen der Reaganjahre für die amerikanischen Gewerkschaften nicht zu übersehen. Mit einer ausgesprochen antigewerkschaftlichen Rhetorik mobilisierte Reagan eine den Gewerkschaften ohnehin nicht sehr wohlgesonnene öffentliche Meinung noch mehr gegen die Gewerkschaften. Seine Aussperrung und spätere Vernichtung der Fluglotsengewerkschaft PATCO, deren Führung übrigens Reagan öffentlich gegenüber Carter unterstützt hatte, erbrachte eine große symbolische Resonanz. Diese Tat machte Aussperrungen und Gewerkschaftssperrungen (union busting) wieder hoffähig. Darüber hinaus bewirkte die Reagansche Politik eine Erosion des „sozialen Lohns“ durch massive Kürzungen von Arbeitslosenunterstützung, staatlichen Sozialleistungen, Sozialhilfe und so weiter. Es gelang ihm auch, die wenigen den Arbeitnehmern und den Gewerkschaften wohlgesinnten staatlichen Instanzen und Einrichtungen, wie etwa das Arbeitsministerium oder das National Labor Relations Board, mit gewerkschaftsfeindlich Gesonnenen zu besetzen, so daß diese Institutionen in der vom Staat mitgetragenen Strategie der kapitalbestimmten Flexibilisierung eine Rolle spielen konnten.

Trotz dieser anhaltenden Niederlagen gab es, insbesondere im tertiären Bereich und im öffentlichen Dienst, große gewerkschaftliche Erfolge in den USA. Es bleibt abzuwarten, wohin sich die Entwicklung bewegt.

Das Beispiel Japan

Der japanische Staat spielte in der fordistischen Entwicklung des Landes eine ähnlich gewichtige Rolle wie der französische Staat in der Frankreichs. Die Meiji-Periode des späten 19. Jahrhunderts etablierte den zentralistisch geführten japanischen Staat als den Modernisator von Gesellschaft und Wirtschaft schlechthin. Wie schon vorher in Frankreich entstand in Japan ein „Etatismus“, der die politische Ökonomie des Landes bis heute prägt. Die zentrale Rolle des Ministeriums für Internationalen Handel und Industrie (MITI) wäre ohne diese interventionistische Geschichte des japanischen Staates undenkbar.

Japans Modernisierung erinnert andererseits an die Deutschlands. In beiden Ländern erfolgte die Industrialisierung verhältnismäßig spät, entwickelte sich dann aber um so intensiver. Daß dieser Modernisierungsvorgang in beiden Ländern nicht von der liberalen Kultur eines politisch hegemonialen und sich sicher fühlenden Bürgertums, sondern von dem autoritären und militaristischen Obrigkeitsdenken des Feudaladels begleitet wurde, hat viel mit der faschistischen Vergangenheit beider Länder zu tun. In beiden Fällen wurden die heute sehr stabilen, vielfach als vorbildlich angesehenen oder sogar beneideten, liberaldemokratischen Regierungs- und Gesellschaftsformen erst nach der Niederlage in einem Krieg exogen, sozusagen „von außen“ und „von oben“ aufgesetzt.

Japan erinnert sodann an Schweden. Hier wie dort fand die fordistische Modernisierung unter der Vormundschaft einer einzigen dominanten Partei statt. Während die Sozialdemokratie in Schweden eine direkte gewerkschaftliche Beteiligung an der Modernisierung des Landes sowohl politisch als auch ökonomisch garantierte, geschah in Japan genau das Gegenteil. Die sich seit 1955 immer weiter verfestigende Hegemonie der Konservativen Partei (LDP) hat in Japan zum konsequenten Ausschluß der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften sowohl von der fordistischen als auch der post-fordistischen Modernisierung geführt. Trotz dieser großen Gegensätze zwischen Schweden und Japan gibt es, wie vergleichende Forschungsergebnisse von Ellis Kraus und seinen Kollegen zeigen, wichtige strukturelle Gemeinsamkeiten, die auf die lange, von keiner Herausforderung bedrohte Alleinregierung beider Parteien zurückzuführen sind. Das einschlägige Stichwort lautet „Verfälschung“, die in Schweden seit den dreißiger Jahren (mit einer nur sechsjährigen Unterbrechung) rosa schillert, während sie in Japan seit Anfang der fünfziger Jahre stets pechschwarz blieb.

Schließlich erinnert Japan auch an die USA. In beiden Ländern wurde seit den frühen fünfziger Jahren mit ziemlich großem Erfolg eine den Faktor „Arbeit“ vernachlässigende Modernisierungsstrategie durchgesetzt. In einigen nicht-korporatistischen europäischen Ländern - etwa in Großbritannien und Frankreich -, in denen Gewerkschaften und Arbeitnehmer von der Modernisierungspolitik strategisch und organisatorisch weitgehend ausgeschlossen blieben, konnten dennoch Arbeiterparteien (wie beispielsweise die Labour Party) oder mit Arbeitnehmerinteressen sympathisierende Parteien (wie die Sozialistische Partei in Frankreich) eine Zeitlang Regierungsmacht ausüben. Das war weder in Japan noch in den Vereinigten Staaten der Fall. Damit sind sie die idealtypischen Länder eines konsequenten Anschlusses von Gewerkschaften und Arbeitnehmern auf allen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungsebenen.

Japan ist mit seinen 74 579 Gewerkschaften, von denen nur 13 921 den vier großen, landesweiten Gewerkschaftsbündeln angehören, ein Paradies post-fordistischer Flexibilisierung. Ein weiterer Schwachpunkt kommt hinzu: Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist mit 28,2 Prozent relativ gering und sinkt zudem weiter. Einer japanischen Studie zufolge soll er bis zum Jahr 2000 auf weniger als 14 Prozent fallen. Haben Gewerkschaften allgemein in einem von Betriebsorganisationen dominierten industriellen Repräsentationssystem der Arbeitnehmer, in dem zahlreiche der post-fordistischen Modernisierung zuzurechnenden Produktionsgebiete gar nicht gewerkschaftlich erfaßt sind, überhaupt noch „einen Auftrag“? Neuere Entwicklungen geben Anlaß zur Hoffnung. In einem Prozeß, den man, in Anlehnung an Christoph Deutschmanns Begriff von der „Japanisierung“ der deutschen Gewerkschaften als „Germanisierung“ der japanischen Gewerkschaften bezeichnen könnte, finden sich empirische Anhaltspunkte für die These, daß gut organisierte gewerkschaftliche Spitzenverbände und weitreichende Dachverbände mit

„Schirmfunktion“ den Arbeitnehmern beim post-fordistischen Modernisierungsschub zugute kommen können.

In dem Bewußtsein, daß es nicht so weitergehen kann wie bisher, haben sich wichtige Vertreter der japanischen Gewerkschaften zu einer fundamentalen Umstrukturierung ihrer bisherigen Organisationswelt bereit erklärt und auch schon den ersten Schritt in Richtung Reform unternommen. Am 20. November 1987 wurde das japanische Äquivalent zum DGB aus der Taufe gehoben. Von Anfang an als Einheitsgewerkschaft konzipiert, vereint dieser Dachverband Rengo zunächst nur die im Privatsektor tätigen Gewerkschaften der Domei (5 937) und der Churitsu Roren (988). Die mit ihren 6 920 Mitgliedsgewerkschaften größte Gewerkschaftsbewegung des Landes, Sohyo, die vor allem Arbeitnehmer des öffentlichen Sektors organisiert, soll dem Dachverband bis Ende 1990 beitreten. Die nur 78 Mitgliedsorganisationen zählende Shinsanbetsu, die vierte und weitaus kleinste der traditionellen landesweit vertretenen Gewerkschaftsorganisationen, blieb dem neuen Bündnis vorläufig fern. Es besteht jedoch berechtigte Hoffnung, daß auch sie ihm beitreten wird.

Die Einrichtung Rengos als überparteiliche, branchen- und sektorenverbindende Einheits- und Industriegewerkschaft bezweckt eindeutig, den japanischen Arbeitnehmern endlich eine Organisation zur Verfügung zu stellen, die auch außerhalb des Betriebes, also im politischen und gesellschaftlichen Raum präsent ist. Rengo soll die Gewerkschaften auch von ihrer zwar inoffiziellen, jedoch trotzdem relativ engen Parteibindung befreien oder zumindest doch ein wenig lösen.

Die Gründung Rengos bewirkte bereits ein Umdenken in der Politik der japanischen Opposition, die zur Zeit heftige strategisch-programmatische Debatten zu dieser gewerkschaftlichen Entwicklung und ihrer Bedeutung für die japanische Innenpolitik führt. Es kam schon zu einer Annäherung der beiden nichtkommunistischen Linksparteien: der die Sohyo-Gewerkschaften unterstützenden linkssozialistischen JSP und der die Domei favorisierenden sozialdemokratischen DSP. Es ist nicht undenkbar, daß diese beiden Parteien sich mit der zentristischen Komeito-Partei zu einem Dreierbund vereinen, der zwar der LDP auch noch nicht den Rang ablaufen könnte, ihr aber immerhin zum ersten Mal seit den fünfziger Jahren eine ernstzunehmende Opposition entgegenstellen würde. Derartige Überlegungen und konkrete Bemühungen wären ohne die Formierung von Rengo höchstwahrscheinlich gar nicht zustande gekommen. Die JSP, für die der Verlust der Sohyo eine große organisatorische Einbuße bedeutet, ist inzwischen auf dem Weg, ihr eigenes Irsee - oder wird es eher Godesberg? - zu formulieren. Sie steckt in einem ähnlichen Dilemma wie die deutsche und die europäische Sozialdemokratie und wird deshalb in den nächsten Jahren richtungweisende Entscheidungen treffen müssen. Dabei werden die durch Rengo geschaffenen neuen gewerkschaftlichen Bedingungen eine erhebliche Rolle spielen.

Zur Zeit verlaufen die Strömungen innerhalb der neuen Dachorganisation in verschiedene Richtungen: Eine will Rengos volle Unterstützung für eine noch zu formierende Dreierkoalition aus JSP, DSP und Komeito sichern. Eine andere meint, daß der Dachverband strikte Parteineutralität - zusätzlich zu seiner Parteiunabhängigkeit - üben solle. Eine dritte sieht in der Annäherung Rengos an die LDP die besten Möglichkeiten für die Arbeitnehmer Japans. Sicher ist nur, daß die Errichtung einer Einheits- und Industriegewerkschaft in Japan die Welt der Arbeitnehmer und der Arbeit in diesem Land grundlegend ändern wird.

Ein zögerndes Schlußwort

Die abschließenden Bemerkungen sind als eine spekulative „Abrundung“ einiger Gedanken dieses Beitrags und nicht etwa als zukunftsbestimmende Vorschläge für die Gewerkschaften zu verstehen.

Es gibt zwei klar erkennbare Tendenzen, die den Entscheidungsbereich des herkömmlichen Nationalstaates einerseits „unterlaufen“, andererseits „üferholen“. Dieses Aufbrechen einer bisher dominanten Autoritäts- und Souveränitätsstruktur wird von einer post-fordistischen Flexibilisierungswelle der Produktion und Kultur begleitet, die im Begriff ist, überlieferte Solidargemeinschaften und ihre kollektive Identität endgültig zu verändern. Diese Entwicklung wird sich in Zukunft in verstärktem Maße auswirken. Die Gewerkschaften werden diese Entwicklung bestenfalls verzögern können, zu verhindern ist sie nicht mehr. Was ist in dieser Lage zu tun?

Peter Glotz hat recht, wenn er im Hinblick auf den Weltmarkt von der Europäisierung der Gewerkschaftspolitik spricht und eine Internationalisierung der gewerkschaftlichen Politik und Strategien fordert. Allerdings ist die Lage in dieser Beziehung sowohl bei den Gewerkschaften in der Bundesrepublik als auch bei der SPD ebensowenig hoffnungserweckend wie bei den Gewerkschaftsbewegungen anderer Länder - mit der möglichen Ausnahme Schwedens.

Das Problem beginnt bereits bei jener auch und gerade bei Gewerkschaften verbreiteten Einstellung, die die rasante Internationalisierung der Welt mit einem erhöhten Rückzug in den Nationalismus zu beantworten scheint. Besonders enttäuschend ist diese Entwicklung bei den deutschen Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, deren internationale Weltanschauung und Welt-offenheit bis vor kurzem wahrscheinlich beispiellos unter den Arbeiterbewegungen großer Länder waren. Ähnlich wie bei dem Begriff der „Flexibilisierung“ war in jüngster Zeit bei deutschen Gewerkschaftern und Sozialdemokraten eine schwierig zu beschreibende Zurückhaltung, ja sogar Abneigung gegen die europäische Integration im Jahr 1992 feststellbar. Der frühere gewerkschaftliche und sozialdemokratische Enthusiasmus bezüglich Europas, wie er in der Bundesrepublik, im Gegensatz zu anderen europäischen Län-

dem, stets vorhanden war, ist weitgehend abgeebbt, wenn nicht gar verschwunden.

Das ist auch deshalb schwer verständlich, weil Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei auf diese Weise ihren konservativen Gegnern noch zu füllende Begriffe wie „Europa“ und „Internationale Gemeinschaft“ überlassen. Es könnte damit eine ähnliche Tabuisierung von Begriffen aufkommen, wie das im Fall der „Flexibilisierung“ geschehen ist.

Die Welt ändert sich unaufhaltsam mit einer noch nie dagewesenen Schnelligkeit. Eine gewerkschaftliche Strategie, die sich hauptsächlich auf ein Einigeln und das Rückbesinnen auf bereits erprobte Mechanismen als Antwort auf diese enorme Herausforderung beschränkt, ist auf die Dauer zum Scheitern verurteilt. Entscheidend wichtig scheint es mir zu sein, daß die Gewerkschaften mit offenen Augen und offenem Sinn *alle* vorhandenen Möglichkeiten ohne Scheu und Berührungsängste kollegial erwägen und diskutieren. Daraus werden sich die notwendigen praktischen Schritte und konkreten Maßnahmen ergeben. Es ist müßig, die Zukunft erraten zu wollen, töricht wäre es jedoch, sich nicht auf sie vorzubereiten.